

ÖIF Monitor

Integration & Migration

Februar 2015

Integration in Österreich

Informationen und Inhalte zum neuen Islamgesetz in Österreich auf **Seite 3**

Europa: Aktuelles

Steigender Antisemitismus in Europa und daraus resultierende Diskussionen auf **Seite 4**

Migration Policies International

Aktuelles aus der EU und der Schweiz auf **Seite 6**

Inhalt

Österreich: Anstieg der Arbeitslosigkeit besonders bei Ausländer/innen	1-2
Österreich: Neues Islamgesetz	3
Europa: Antisemitismus	4
Fremdenwesen und Asyl	5
Migration Policies International	6
Pressebeobachtung	7
Kurzmeldungen	7
Publikationen, Termine, Neues vom ÖIF	8

Aktuelles aus Österreich

Anstieg der Arbeitslosigkeit besonders bei Ausländer/innen

Die Arbeitslosenzahlen erreichten im Jänner 2015 den höchsten Stand der letzten 60 Jahre: Über 400.000 Menschen waren beim Arbeitsmarktservice (AMS) als arbeitslos gemeldet. Besonders starke Anstiege verzeichneten neben Jugendlichen und Personen über 50 Jahren auch Ausländer/innen. Über 108.000 Ausländer/innen waren im Jänner arbeitslos.

Laut Schätzungen des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz lag die allgemeine Arbeitslosenquote im Jänner 2015 bei 10,5%. Bei Migrant/innen wurde im Vergleich zum Vorjahr ein Zuwachs an Arbeitslosen von 18,9% verzeichnet, was einem Plus von über 17.000 Personen entspricht. Die Steigerung bei Inländer/innen lag bei vergleichsweise geringen 6,9%. Im Jahresdurchschnitt

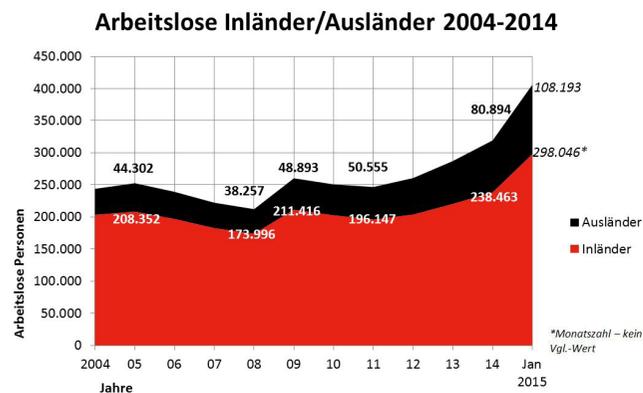
2014 waren mit 81.000 ein Viertel der Arbeitslosen in Österreich ausländische Staatsbürger/innen. Somit lag die Arbeitslosenquote 2014 bei Ausländer/innen bei 12,1%, bei Inländer/innen bei 7,6%. Die Gesamtarbeitslosenquote betrug 8,4%. Angesichts der Statistiken wird die Notwendigkeit einer genauen Analyse deutlich, um dem Wachstum der Arbeitslosenzahlen, speziell bei Ausländer/innen, entgegen zu wirken. ➔

→ Fortsetzung von Seite 1
Anstieg der Arbeitslosigkeit besonders bei Ausländer/innen

Arbeitslosigkeit nach Staatsbürgerschaft

Schlüsselt man die im Jänner 2015 als arbeitslos gemeldeten Ausländer/innen nach Staatsangehörigkeit auf, waren besonders viele Personen aus der Türkei (14.879), Serbien (12.763), Bosnien-Herzegowina (9.656) und Deutschland (8.003) ohne Arbeit. Bei einem Monatsvergleich von Jänner 2014 und 2015 sind besonders hohe prozentuelle Zuwächse bei Rumän/innen (+34,7%), Ungar/innen (+30,8%) und dem Kosovo (+28,4%) zu erkennen.

Arbeitslose Inländer/innen und Ausländer/innen im Zeitverlauf:

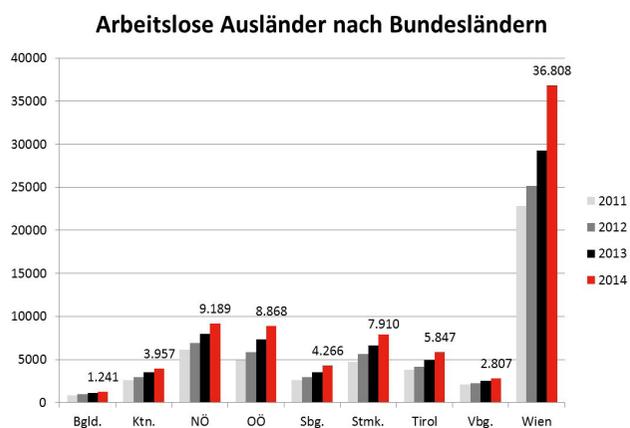


Quelle: AMS, eigene Darstellung

Arbeitslosigkeit in Wien am größten

Im ersten Monat des Jahres 2015 waren die meisten arbeitslosen ausländischen Staatsbürger/innen im ersten Monat des Jahres 2015 in Wien (49.807) gemeldet, wobei in der Bundeshauptstadt ein Zuwachs von 26,7% registriert wurde. In Niederösterreich waren 13.428 arbeitslos gemeldet, in Oberösterreich 13.282 und in der Steiermark 10.906. Betrachtet man den Jahresdurchschnitt für 2014, ergibt sich eine Arbeitslosenquote für Ausländer/innen von 16,3% in Wien, gefolgt von 14,7% in Kärnten und 12,5% in der Steiermark.

Regionale Verteilung:



Quelle: AMS, eigene Darstellung

Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen

Insgesamt waren im Jänner 2015 54.691 Jugendliche (unter 25 Jahre) in Österreich als arbeitslos gemeldet (ein Anstieg von 5,2% verglichen mit dem Vorjahr). Besondere Besorgnis erregt die sogenannte NEET-Generation (NEET = Not in Education, Employment or Training), d.h. jene die sich weder in Ausbildung noch in Weiterbildung befinden. Laut Daten der Statistik Austria wurden österreichweit 7% der 15- bis 24-Jährigen dieser Gruppe zugerechnet. Besonders hoch war der Anteil bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund (15%). Bei jenen aus Nicht-EU-Staaten lag er bei 18%, bei jenen aus EU-Ländern bei 11%.

DATEN UND FAKTEN
Arbeitslosigkeit bei ausländischen Staatsbürger/innen im Jänner 2015:

- 406.239 Arbeitslose in Österreich
- 108.193 ausländische Arbeitslose
- 49.807 ausländische Arbeitslose in Wien
- Höchste Arbeitslosenzahlen nach Staatsangehörigkeit: Türkei, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Rumänien

Weitere Informationen finden Sie [» hier](#)

Integration in Österreich

Österreich: Neues Islamgesetz regelt Rechte und Pflichten der muslimischen Glaubensgemeinschaft

Am 25. Februar wurde das neue Islamgesetz im österreichischen Parlament beschlossen. Es definiert Rechte und Pflichten der islamischen Religionsgemeinschaft neu. Somit werden wesentliche Bereiche wie Rechtsstatus, die Vertretung der muslimischen Gemeinde sowie Ansprüche auf Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen und die theologische Ausbildung in Österreich neu geregelt.

In der Begutachtungsphase des Gesetzes wurde noch auf einige Kritikpunkte eingegangen, drei wesentliche Adaptionen wurden verankert: Die Aufhebung der Anerkennung als Religionsgemeinschaft kann künftig nur durch die Bundesregierung erfolgen. Als Lehrende im geplanten Islamstudium sollen nun explizit Muslim/innen aus der Religionsgemeinschaft fungieren, und Imame, die aus dem Ausland finanziert werden, können nach Inkrafttreten des Gesetzes ihr Amt für eine Übergangszeit von einem Jahr weiterhin ausüben. Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich teilte mit, dass der Gesetzestext Ausdruck eines Kompromisses ist, welcher den Bedürfnissen beider Seiten am ehesten gerecht wird.

Entstehung des neuen Islamgesetzes

Bereits das Arbeitsprogramm der Regierung im Dezember 2013 definierte die Novellierung des Islamgesetzes in Österreich als eines der Ziele der aktuellen Legislaturperiode. Im März 2014 kündigte Bundesminister Sebastian Kurz konkrete Schritte an. Nach Vorlage des Gesetzesentwurfes kam es zu Diskussionen um Inhalte und mögliche Änderungen. Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ), welche von Beginn an bei der Erstellung des Gesetzes mitwirkte, äußerte Bedenken und Anmerkungen. In einem abschließenden Begutachtungsverfahren wurde der Gesetzestext modifiziert, ab dem Parlamentsbeschluss tritt es in Kraft.

Historische Vorreiterrolle Österreichs

Laut Hochrechnungen der Volkszählung 2001 durch das Institut für Islamische Studien der Universität Wien lebten in Österreich 2012 rund 570.000 Muslime und Musliminnen. Sie stellen etwa 7% der österreichischen Gesamtbevölkerung dar und sind somit wichtiger Teil der

Gesellschaft. 1912 wurde der Islam von Österreich-Ungarn – erstmalig in Europa – als Religionsgemeinschaft anerkannt. Heute – über 100 Jahre später – wird eine neue Gesetzesgrundlage geschaffen, um auf die Rechte und Pflichten sowie Bedürfnisse der Muslime und Musliminnen im Kontext der Gegenwart besser eingehen zu können.

CHRONOLOGIE - ISLAMGESETZ NEU

- 12/2013 Regierungsprogramm sieht Novellierung des Islamgesetzes vor
- 03/2014 Bundesminister Kurz kündigt konkrete Schritte zur Umsetzung an
- 10/2014 Neuentwurf wird im Nationalrat eingereicht
- 11/2014 Ende der Begutachtungsfrist
- 12/2014 Ministerrat beschließt Gesetzesentwurf, Regierung legt Vorschlag vor
- 02/2015 Neues Islamgesetz wird vom Parlament verabschiedet

Weitere Informationen finden Sie [» hier](#)

Europa: Aktuelles

Europa: Steigender Antisemitismus führt zu Diskussionen über Auswanderung nach Israel

Die Terroranschläge auf jüdische Einrichtungen häufen sich. Am 14. Februar, nach einem Anschlag auf ein Kulturcafé, kam bei einem Anschlag auf eine Synagoge in Kopenhagen ein Wachmann ums Leben. Israels Regierungschef Netanjahu rief die jüdische Bevölkerung in Europa auf, nach Israel auszuwandern.

Der Anschlag auf die Synagoge in Kopenhagen war nicht der einzige Übergriff gegen die jüdische Gemeinschaft in Europa in den letzten Monaten. Davor sorgten der Anschlag auf einen jüdischen Supermarkt am Tag des Attentats auf die Satirezeitschrift Charlie Hebdo und die Grabschändungen auf einem jüdischen Friedhof im Osten Frankreichs für Empörung. Vor allem in Frankreich und Großbritannien ist die Zahl antisemitischer Übergriffe im letzten Jahr drastisch gestiegen.

Gehen oder Bleiben?

Nach dem Anschlag in Dänemark hat der israelische Premier Benjamin Netanjahu die jüdische Bevölkerung in Europa, insbesondere in Frankreich, Belgien und der Ukraine, zur Emigration

nach Israel aufgerufen. Netanjahu beschloss einen Notfallplan und stellt ca. 41 Mio. Euro bereit, um den Zuzug nach Israel zu erleichtern. Unter anderem sollen von Tel Aviv gesandte Beamten bei der Bewältigung bürokratischer Hürden helfen und verstärkter Hebräisch-Unterricht in den Herkunftsländern angeboten werden. Einwanderungsministerin Landwer geht für 2015 von ca. 30.000 Einwander/innen aus, 10.000 werden Juden und Jüdinnen aus Frankreich sein.

Jüdische Bevölkerung als Teil Europas

Sowohl europäische Regierungsvertreter/innen, darunter Österreichs Außenminister Sebastian Kurz, als auch Vertreter der jüdischen Gemeinschaft in Europa haben sich gegen eine verstärkte Auswanderung nach Israel ausgesprochen. Von Seiten der Politik wird zu mehr Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung aufgerufen. Die Gewalttaten müssten ernst genommen und die Sicherheit jüdischer Mitbürger/innen garantiert werden, um einen Fortzug zu vermeiden, da die jüdische Bevölkerung ein Teil Europas ist und hier ihren Platz hat.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Neu: Hotline gegen Diskriminierung und Intoleranz

Eine neue Hotline für Menschen mit Migrationshintergrund bietet die Möglichkeit, sich im Falle von Diskriminierung beraten und an zuständige Antidiskriminierungseinrichtungen weitervermitteln zu lassen. Die Zahl von diskriminierenden Vorfällen ist im letzten Jahr gestiegen.

Seit Februar können sich Personen, die aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Herkunft oder Religion Diskriminierung erfahren haben, unter der Nummer 0501150-4242 im Bürgerservice des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres über ihre Handlungsmöglichkeiten informieren. Die Hotline ist eine Erstanlauf- bzw. Vermittlungsstelle und unterstützt Betroffene dabei, die richtige Einrichtung für weitere Betreuung oder Maßnahmen zu identifizieren. Partnerorganisationen sind der Verein ZARA und die Gleichbehandlungsanwaltschaft. Die Hotline wurde anlässlich der steigenden Zahlen von rassistischen, antisemitischen und gegen Muslime gerichteten Vorfällen oder Beschimpfungen ins Leben gerufen und soll auch das Bewusstsein für diese Thematik schärfen.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Österreich: Fremdenwesen und Asyl

Starker Anstieg bei Asylwerber/innen aus dem Kosovo

Die steigende Zahl der Asylanträgen von Kosovar/innen, die in westeuropäischen Ländern derzeit beantragt werden, haben in Ländern wie Österreich zu Vorschlägen für eine raschere Abwicklung der Asylverfahren dieser Gruppe geführt.

Der offiziellen Asylstatistik Österreichs zufolge lagen Staatsbürger/innen aus dem Kosovo im vergangenen Jahr mit 1.901 Anträgen an vierter Stelle nach Asylwerbenden aus Syrien, Afghanistan und der Russischen Föderation. Im Jänner 2015 waren es bereits 1.029 Anträge. Im Unterschied zu den vergangenen Jahren sind es nicht mehr vorwiegend Roma, die den Kosovo verlassen, sondern Albaner/innen.

Abwanderung aus dem Kosovo

Medienberichten zufolge sollen bereits Zehntausende Menschen den Kosovo verlassen haben, Schätzungen besagen, es könnten insgesamt 300.000 Kosovar/innen das Land verlassen. Das würde einem Sechstel der Gesamtbevölkerung von 1,8 Millionen entsprechen. Da für den Kosovo nach wie vor eine Visumpflicht für den Schen-

genraum gilt, reisen die betroffenen Kosovar/innen illegal in die EU ein. Die Route führt über Serbien und oftmals Ungarn. In den jeweiligen Zielländern stellen sie Asylanträge. In Österreich gilt der Kosovo als „sicherer Herkunftsstaat“, was bedeutet, dass Personen aus dem Kosovo geringe Aussichten auf einen positiven Asylbescheid haben.

Maßnahmen zur rascheren Antragsabwicklung

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner hat angekündigt, einen Vorschlag für ein neues Fremdenrechtspaket vorlegen zu wollen. Unter anderem sollen Schnellverfahren für Asylanträge von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten priorisiert werden. Bei negativem Asylbescheid könnten Personen somit schneller zurückgeschickt werden. Möglich wären Großrückführungen in den Kosovo. Weiters sollen Verfahren außerhalb der Erstaufnahmezentren auch auf regionaler Ebene durchgeführt werden. Der kosovarische Innenminister Hyseni hat Mikl-Leitner um Hilfe bei der Eindämmung der Auswanderung gebeten und seinerseits Kooperation zugesagt. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

BFA: Jahresbilanz 2014 für Fremdenwesen und Asyl

Anfang 2014 nahm das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) seine Arbeit auf. Im ersten Jahr wurden insgesamt 64.477 Entscheidungen gefällt. Bei Asylanträgen wurde 2014 ein Anstieg um 60% verzeichnet.

Mehr als die Hälfte der Entscheidungen waren Fremdenrechtsentscheidungen (37.299), 27.178 Entscheidungen nach dem Asylgesetz. 39% der Asylanträge wurden im Jahr 2014 positiv getroffen. Der signifikante Anstieg bei Asylanträgen (2014: 28.027) wird auf die Syrien-Krise zurückgeführt. Nicht nur die Gesamtzahl stieg im Vergleich zu 2013, die Anzahl der Anträge wuchs auch im Verlauf des Jahres stetig. Dezember war der antragsstärkste Monat (4.171). Von den 27.178 Entscheidungen auf Basis des Asylgesetzes waren 18.196 Statusentscheidungen, 1.857 entfielen auf Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen und 7.125 auf Verlängerungen für subsidiär Schutzberechtigte. In dem Bereich der Fremdenrechtsentscheidungen gab es 24.466 Dokumentenausstellungen, 1.327 Dublin-Überstellungen, 1.619 Abschiebungen, 7.266 aufenthaltsbeendende Entscheidungen.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

EU-Politik: Unterstützung für Italien und Deutschland bei Asylwerber/innen

Italien erhält als Soforthilfe 13,7 Mio. Euro Soforthilfen aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF). Mit 19.2. stellt Dimitris Avramopoulos, EU-Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft, Italien diese Mittel für die Aufnahme und Unterbringung von Asylwerber/innen zur Verfügung. Die Soforthilfe wird seitens der EU zusätzlich zu den regulären Mitteln aus dem AMIF gewährt. Italien hat diese Hilfe dringend nötig, um dem dramatischen Anstieg unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (seit 2013 +278%) gerecht werden zu können. Über 11 Mio. Euro sollen für die Aufnahme und Versorgung junger Flüchtlinge eingesetzt werden. Auch Deutschland erhielt eine Soforthilfe von 7 Mio. Euro, um dringend benötigte Unterkünfte, verbesserte Dienstleistungen und schnellere Asylverfahren durch zusätzliche Dolmetscher/innen zu ermöglichen. Eine weitere wesentliche Maßnahme betrifft die Verlängerung der EU-Operation „Triton“ bis mindestens Ende 2015. Seit November 2014 läuft die von Frontex koordinierte Operation im Mittelmeer und wird von 21 Mitgliedsstaaten durch Fachkräfte und technische Ausrüstung unterstützt. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Schweizer Bundesrat beschließt Begrenzung der Einwanderung

Einen Gesetzesentwurf zur Begrenzung der Zuwanderung verabschiedete der Schweizer Bundesrat am 11. Februar. Dieser ist die Folge des Referendums gegen „Masseneinwanderung“ vom Februar 2014. Vorgeschlagen wird die Etablierung von jährlichen Zuwanderungshöchstzahlen und -kontingenten für alle Ausländer/innen, sowohl aus Drittstaaten als auch aus der EU. Betroffen wären auch Grenzgänger/innen, Familienangehörige, Nicht-Erwerbstätige, Flüchtlinge. Der Gesetzesentwurf erteilt auch das Mandat zu dadurch erforderlichen Neuverhandlungen des Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Darüber hinaus ist der Inländervorrang am Arbeitsmarkt vorgesehen, Ausnahmen soll es bei Berufssparten mit Fachkräftemängeln geben. Generell soll über diverse Maßnahmen das inländische Arbeitspotenzial besser ausgeschöpft werden, insbesondere jenes von Frauen und älteren Arbeitnehmer/innen, aber auch von Migrant/innen bzw. anerkannten Flüchtlingen. Derzeit befindet sich der Entwurf im Begutachtungsverfahren. Die Handlungsaufträge müssen bis Februar 2017 umgesetzt werden. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

EU: Migrationskommissar kündigt Resettlement-Pilotprojekt an

Beim ersten Europäischen Migrationsforum Ende Jänner in Brüssel kündigte der EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos in seiner Ansprache an, dass Gespräche zwischen der EU-Kommission und den EU-Mitgliedsstaaten über eine ausgeglichene Verteilung von Flüchtlingen unter EU-Staaten im Gang seien. Demnächst werde auch ein Pilotprojekt-Vorschlag für ein Resettlement Programm (dauerhafte Ansiedlung anerkannter Flüchtlinge) erarbeitet, an dem sich alle Mitgliedsländer und assoziierte Staaten beteiligen könnten. Bislang hätten sich die Mitgliedsstaaten zur Aufnahme von insgesamt 36.000 Flüchtlingen aus Syrien verpflichtet. Der Ansturm der Flüchtlinge aus der Krisenregion ist jedoch weitaus größer. Bis Februar 2015 wurden vom Flüchtlingshochkommissariat der UNO über 3,7 Millionen syrische Flüchtlinge registriert. Weitere zentrale Punkte der EU-Migrationspolitik soll der Schutz von Migrant/innen (Asylwerber/innen, Flüchtlinge oder Opfer von Menschenhandel), die Stärkung der europäischen Grenzsicherung und die Gestaltung Europas als attraktives Land für legale Zuwanderung sein. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Pressebeobachtung: Integration und Migration

Worüber wurde im Jänner berichtet?

Eines der am häufigsten und intensivst diskutierten Themen im Jänner waren einmal mehr – und insbesondere nach den Terroranschlägen in Paris – Radikalisierung und Dschihadismus. Auch über die Flüchtlingsströme und die Asylsituation in Österreich und der EU wird kontinuierlich berichtet.

Nach den Anschlägen auf das Satiremagazin Charlie Hébdó und einen jüdischen Supermarkt in Paris in der ersten Jännerwoche stand das Thema des radikalen Islamismus und des Dschihads im Vordergrund der Nachrichtenberichterstattung. Diesbezüglich wurden intensive Debatten von Expert/innen und der breiten Öffentlichkeit zum Thema Radikalisierung und Rekrutierung von Menschen für den Dschihad geführt. Zu Wort kamen sowohl Mitglieder der islamischen Glaubensgemeinschaften als auch Islamwissenschaftler, politische Entscheidungsträger/innen und Sicherheitsexpert/innen. Weiter gefasst spiegelten die Medien die rege Debatte rund um den Islam in Österreich und den Umgang mit der Religion als Teil der Gesellschaft wider. Auch die Rolle von Bildung und Integrationsmaßnahmen wurde in diesem Zusammenhang diskutiert.

Flüchtlinge in Österreich und der EU

Anlässlich des Anstieges der Asylanträge 2014 und der fast täglich an den EU-Außengrenzen eintreffenden Flüchtlingen wurden auch medial Forderungen nach einer gesamteuropäischen Lösung zur Bewältigung des wachsenden Zustroms von Flüchtlingen eingebracht. Neben dem Thema einer EU-Quotenregelung wurde auch – wie in den Vormonaten – über die Quotenverteilung und -erfüllung innerhalb der österreichischen Bundesländer berichtet.

Debatten um „Integrationsverweigerer“

Nach Forderungen der Landeshauptmänner Voves (Steiermark) und Niessl (Burgenland) nach Sanktionen für „Integrationsunwillige“ wurde eine breite landesweite Diskussion über das Thema entfacht. Insbesondere wurde über mögliche Maßnahmen bei Versäumnissen im schulischen Bereich gesprochen sowie über die rechtlichen Grundlagen für eine etwaige Ahndung bei einem Nichterfüllen von in Österreich üblichen Pflichten. Es wurden auch unterschiedliche Meinungen zu einer möglichen Definition des Begriffs „Integrationsunwilligkeit“ abgebildet.

Integration und Migration

Kurzmeldungen

»»»**Leichter Anstieg bei Einbürgerungen** – Den aktuellen Statistiken zufolge lässt sich 2014 bei den Einbürgerungen ein Zuwachs von 3,7% im Vergleich zum Jahr 2013 erkennen.««««

»»»**Russland verschärft Sanktionen gegen illegale Einwanderer** – Laut dem seit Jänner gültigem Aufenthaltsgesetz können gegen Personen mit abgelaufener Aufenthaltsgenehmigung Sanktionen wie Ausweisungen oder Wiedereinreiseperrren verhängt werden.««««

»»»**Mögliche Wiederaufnahme des italienischen Hilfsprogramms Mare Nostrum** – Nach weiteren Flüchtlingstragödien im Mittelmeer könnte Italien die EU-Grenzschutzmission Triton vorübergehend unterstützen.««««

»»»**Pegida-Demonstration auch in Österreich** – Am 2.2. kam es auch in Wien zu einer Kundgebung der Bewegung „Patriotische Europäer gegen eine Islamisierung des Abendlandes“.««««

»»»**CDU-Generalsekretär Tauber will Neuorganisation der gesteuerten Zuwanderung** – Als Vorbild für die Zuwanderung von Migrant/innen in den Arbeitsmarkt soll das System Kanadas dienen.««««

Publikationen



Imame und Integration

E. Aslan, E. Ersan-Akkilic, J. Kolb

Die Studie beschreibt die unterschiedlichen Typen von Imamen in Österreich und analysiert ihre Rolle in der Gemeinde und bei der Integration

von Muslim/innen in Österreich.

ISBN 978-3-658-08448-6

Bestellinformationen [»» hier](#)



Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland. Religionsmonitor - verstehen was verbindet

Bertelsmann Stiftung

Die Publikation untersucht die Facetten des Islambildes und die Wahrnehmung der Muslim/innen in Deutschland.

ISBN 978-3-86793-578-4, EUR 18.00

Bestellinformationen [»» hier](#)



Improving migrants' labour market integration in Europe from the outset: A cooperative approach to predeparture measures

Maria Vincenza Desiderio, Kate Hooper (Migration Policy Institute)

Das Kurzdossier befasst sich mit dem Thema der Kooperation von Herkunfts- und Zielländern in Bezug auf Integrationsmaßnahmen für Migrant/innen. Weitere Informationen [»» hier](#)

Termine

12. MÄRZ, BONN

20. Forum Migration – Integration und Qualifikation

Auf dem von der Otto Benecke Stiftung e.V. organisierten Forum diskutieren Expert/innen aus Politik, Wirtschaft, Kirchen, Migrant/innen-Organisationen und Wissenschaft über Herausforderungen im Bereich der Zuwanderung in Zeiten des Fachkräftemangels. Wo: Bonn, Deutschland
Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

19./20. MÄRZ, RIGA

EMN-Konferenz 2015: Attracting and Retaining Talent in Europe

Die Konferenz befasst sich mit der Zuwanderung hochqualifizierter Migrant/innen nach Europa, diesbezüglichen Herausforderungen und praktischen Maßnahmen von EU-Ländern.

Wo: Riga, Lettland

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

25-27. JUNI, PRAG

Turkish Migration Conference

Die Konferenz bietet Raum zur Analyse der Migration in, aus und durch die Türkei und schafft einen Austausch unter Vertreter/innen verschiedener Disziplinen zum diesjährigen Thema „Wirtschaft, Identitäten und Geographien“. Wo: Karls-Universität, Prag, Tschechische Republik
Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

Neues vom ÖIF



ÖIF-Förderstipendien: Europäisches Forum Alpbach

Der ÖIF stellt auch 2015 Stipendien für Studierende mit Migrationshintergrund bereit. Das Forum findet vom 19.8. bis 4.9. statt und steht unter dem Motto „UnGleichheit-InEquality“. Die Stipendiat/innen haben die Möglichkeit, mit internationalen Expert/innen zu diskutieren. Bewerbungsfrist: 31. März 2015
Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)



ÖIF-Stipendienaktion „Ennstaler Kreis“

Der ÖIF vergibt zehn Stipendien für die Frühjahrstagung (11./12. April) des „Ennstaler Kreises“, wo politische, geistig-kulturelle und wirtschaftliche Ereignisse diskutiert werden. Bewerbungsfrist: 29. März 2015
Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

IMPRESSUM

Impressum und Offenlegung gemäß §§ 24 und 25 MedienG; Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, T.: +43 (0) 1 7101203 – 100, E.: mail@integrationsfonds.at; Verlags- und Herstellungsort: Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; Offenlegung: Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impresum abgerufen werden.